

TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung

Titel: Verbindliche bundesweite Einführung und Finanzierung App-gestützter Ersthelfer-Alarmierungssysteme

Beschlussantrag

Von: Dr. Ila Schnabel als Abgeordnete der Bayerischen Landesärztekammer
Johann Ertl als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Richard Lauerer als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Florian Gerheuser als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Jana Pannenbäcker als Abgeordnete der Ärztekammer Westfalen-Lippe
Dr. Susanne Johna als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer
Dr. Franziska Groenen als Abgeordnete der Landesärztekammer Thüringen
Dr. Heidemarie Lux als Abgeordnete der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Karl Breu als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer

Der 130. Deutsche Ärztetag 2026 befürwortet die mit dem Notfallreformgesetz geplante Schaffung bundeseinheitlicher rechtlicher, organisatorischer und finanzieller Rahmenbedingungen zur flächendeckenden Einführung App-gestützter Ersthelfer-Alarmierungssysteme in Deutschland.

Bund, Länder und Kostenträger werden aufgefordert,

- die Integration solcher Systeme in die Leitstelleninfrastruktur verbindlich zu regeln,
- eine rechtssichere Grundlage für die Mitwirkung von medizinischem Fachpersonal und qualifizierten Laienhelfern zu schaffen,
- eine dauerhafte Finanzierung insbesondere durch die gesetzlichen Krankenkassen sicherzustellen
- sowie einheitliche Qualitätsstandards und Zertifizierungsverfahren zu etablieren.

Begründung:

Bei außerklinischen Herz-Kreislauf-Stillständen entscheidet jede Minute über Leben und Tod. Trotz eines leistungsfähigen Rettungsdienstsystems kommt es weiterhin zu therapiefreien Intervallen, die vermeidbar sind.

App-gestützte Ersthelfer-Alarmierungssysteme schließen diese kritische Versorgungslücke

Angenommen: ☒ Abgelehnt: ☐ Vorstandsüberweisung: ☐ Entfallen: ☐ Zurückgezogen: ☐ Nichtbefassung: ☐

Stimmen Ja: 190

Stimmen Nein: 9

Enthaltungen: 14

ANGENOMMEN

nachweislich, indem sie qualifizierte Ersthelferinnen und Ersthelfer in unmittelbarer Nähe alarmieren und so den Beginn lebensrettender Maßnahmen signifikant vorverlegen.

Die bisherige Entwicklung in Deutschland ist jedoch durch föderale Uneinheitlichkeit, projektbezogene Finanzierung und rechtliche Unsicherheiten geprägt. Dies führt zu Versorgungslücken und verhindert eine flächendeckende Nutzung eines nachweislich wirksamen Instruments.

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Überlebenschancen von Patientinnen und Patienten vom Wohnort abhängen.

Die Ärzteschaft ist gefordert, hier eine klare gesundheitspolitische Position zu beziehen und auf eine verbindliche, bundesweite Umsetzung hinzuwirken.

Die erfolgreiche Beschlussfassung eines inhaltsgleichen Antrags auf dem Bayerischen Ärztetag unterstreicht die fachliche Notwendigkeit und die breite Unterstützung dieses Anliegens.

ANGENOMMEN